

Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung (§ 287 InsO)

Amtsgericht
- Insolvenzgericht -

.....
(Straße, Postfach)

.....
(Ort)

| | |
|--------------------------------------|--|
| Aktenzeichen des Insolvenzverfahrens | |
|--------------------------------------|--|

Angaben zur Person der Antragsstellerin oder des Antragsstellers

| | |
|---|--|
| Familienname, und ggfs. Geburtsname | |
| Vorname(n) | |
| Geburtsdatum und Ort | |
| Wohnanschrift: Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort | |

Ich beantrage hiermit die Erteilung der Restschuldbefreiung.

Abtretungserklärung: Für den Fall der Ankündigung der Restschuldbefreiung durch das Insolvenzgericht trete ich hiermit meine pfändbare Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von sechs Jahren ab der Eröffnung des Insolvenzverfahrens an dem vom Insolvenzgericht an dem in Restschuldbefreiungsverfahren zu bestimmenden Treuhänder ab.

Erläuterung¹ des Gerichts zur Abtretungserklärung: Die Formulierung „Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretenden laufenden Bezüge“ umfasst

- jede Art von Arbeitseinkommen, Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Arbeits- und Dienstlöhne, Arbeitsentgelt für Strafgefangene,
- Ruhegelder und ähnliche fortlaufende Einkünfte, die nach dem Ausscheiden aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden, sonstige Vergütungen für Dienstleistungen aller Art, die die Erwerbstätigkeit des Zahlungsempfängers vollständig oder zu einem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen,
- Bezüge, die ein Arbeitnehmer zum Ausgleich für Wettbewerbsbeschränkungen für die Zeit nach Beendigung seines Dienstverhältnisses beanspruchen kann,
- Hinterbliebenenbezüge, die wegen des früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gezahlt werden,
- Renten, die aufgrund von Versicherungsverträgen gewährt werden, wenn diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen geschlossen worden sind,

¹ Vgl. Begründung RegE zum heutigen § 81 InsO mit Verweis auf § 850 ZPO.

- Renten und sonstige laufende Geldleistungen der Sozialversicherungsträger oder der Bundesanstalt für Arbeit im Fall des Ruhestands, der teilweisen oder vollständigen Erwerbsunfähigkeit oder der Arbeitslosigkeit,
- alle sonstigen, den genannten Bezügen rechtlich oder wirtschaftlich gleichstehenden Bezüge.

Schuldner, die eine selbstständige Tätigkeit ausüben, sind verpflichtet, während der Laufzeit der Abtretungserklärung die Insolvenzgläubiger durch Zahlungen an den gerichtlich bestellten Treuhänder so zu stellen, wie wenn er ein angemessenes Dienstverhältnis eingegangen wäre (§ 295 Abs. 2 InsO).

Zusätzliche Angaben

Waren Sie bereits vor dem 1. Januar 1997 zahlungsunfähig?

- Nein
- Ja – die Nachweise füge ich diesem Antrag bei oder werden sie unverzüglich nachreichen
- Ich beantrage deshalb, bei der gerichtlichen Ankündigung der Restschuldbefreiung festzustellen, dass die Laufzeit der Abtretung sich auf fünf Jahre verkürzt (Art. 107 EGIInsO). Soweit die entsprechenden Nachweise diesem Antrag nicht beigefügt sind, werde ich Sie unverzüglich nachreichen. Mir ist bekannt, dass sie spätestens in der letzten Gläubigerversammlung des Insolvenzverfahrens vorliegen müssen, in der meine Gläubiger zu dem Antrag auf Restschuldbefreiung angehört werden.

Haben Sie zur Zeit Ansprüche, wie sie in der Abtretungserklärung und den Erläuterungen angegeben sind, bereits an einen Dritten abgetreten oder verpfändet?

- Nein
- Ja – die Einzelheiten sind in einer Anlage angegeben.

Falls ja: Geben Sie in der Anlage die Einzelheiten an und beantworten Sie dabei für jede Abtretung und Verpfändung die nachfolgenden Fragen:

- a) Um welche Forderungen geht es (Rechtsgrund, z. B. Arbeitslohn oder Altersrente)?
- b) Welche Stelle zahlt diese Bezüge aus (genaue und vollständige Angaben mit Namen, Firma, Anschrift und Geschäftszeichen, z. B. Personalnummer des Arbeitgebers)?
- c) An wen sind die Bezüge abgetreten oder verpfändet (Sicherungsnehmer, genaue und vollständige Angaben mit Namen, Firma, Anschrift und Geschäftszeichen, z. B. Kunden- oder Vertragsnummer)?
- d) Wann ist die Abtretung oder Verpfändung vereinbart worden (genaues Datum)?
- e) Sind Sie im Besitz des Vertrages über die Abtretung oder Verpfändung?
- f) In welcher Höhe sind die Bezüge abgetreten oder verpfändet?
- g) Wann ist der erste Betrag aufgrund der Abtretung oder Verpfändung nicht mehr an Sie, sondern an den Sicherungsnehmer gezahlt worden?
- h) Bis wann oder bis zu welchem Ereignis sind die Bezüge abgetreten oder verpfändet?

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift der Antragsstellerin oder des Antragsstellers